

FORUM FOR A NEW ECONOMY

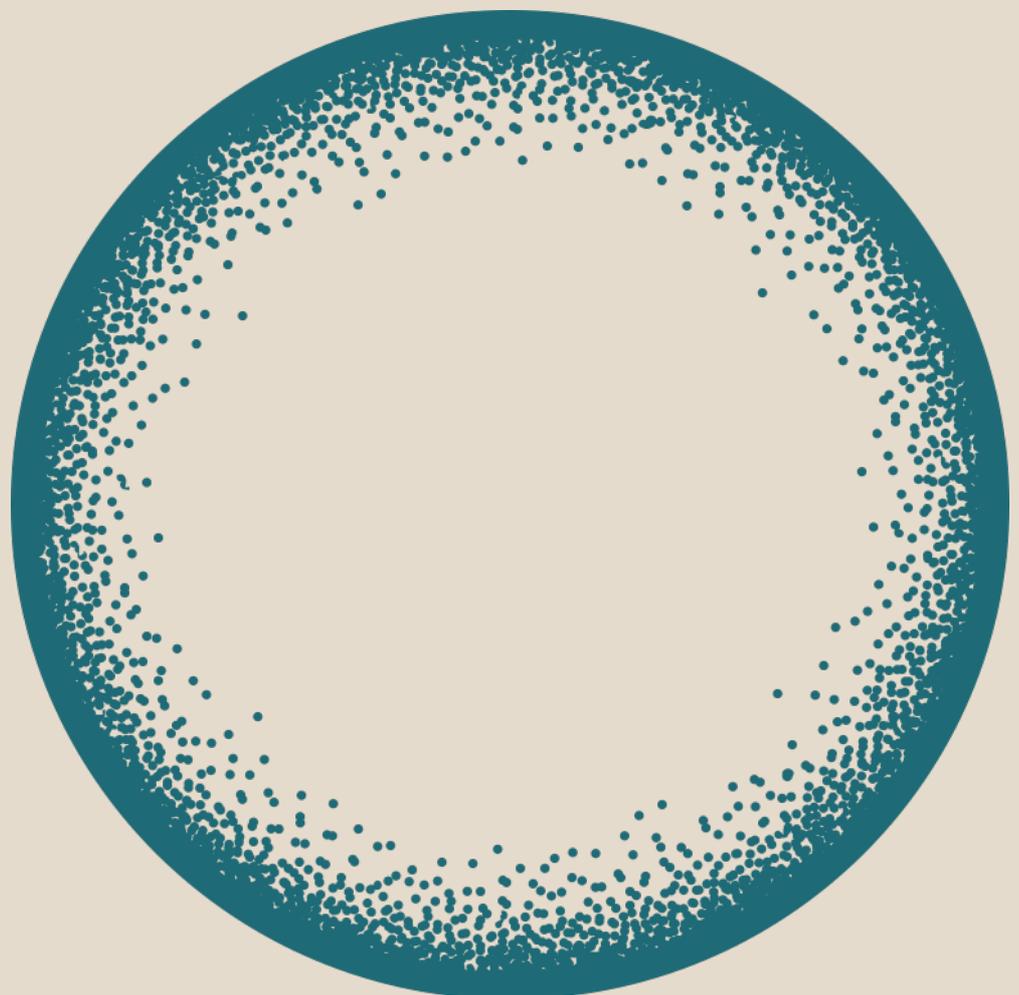
NO. 01
2023

Basic Papers

**Gefühlt oder real - Wie ungleich sind Vermögen
in Deutschland verteilt?**

Eine Bestandaufnahme auf Basis neuer Erkenntnisse

Xhulia Likaj & Thomas Fricke



Impressum:

Forum New Economy Basic Papers

ISSN 2702-3222 (electronic version)

Publisher and distributor: Forum for a New Economy

Neue Promenade 6, 10178 Berlin, Germany

Telephone +49 (0) 30 767596913, email press@newforum.org

Lead Editor: Thomas Fricke

An electronic version of the paper may be downloaded

· from the RePEc website: www.RePEc.org

· from the Forum New Economy website: <https://www.newforum.org>

GEFÜHLT ODER REAL – WIE UNGLEICH SIND VERMÖGEN IN DEUTSCHLAND VERTEILT?

EINE BESTANDAUFNAHME AUF BASIS NEUER ERKENNTNISSE

Xhulia Likaj*, Forum New Economy

Thomas Fricke*, Forum New Economy

Abstract

Driften die Vermögen in Deutschland auseinander? Und hat das Gefälle Ausmaße erreicht, die wirtschaftlich wie gesellschaftlich problematisch sind? Diese Fragen lösen in Deutschland seit Jahren emotional geführte Streits aus. Dabei schien es lange Zeit selbst unter Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen keinen Konsens darüber zu geben, wie ungleich die Verhältnisse sind – und ob dies als Problem zu werten ist. Dass die Aussagen teils stark konträr ausfielen, lag dabei auch daran, dass es in den vergangenen Jahrzehnten keine amtliche Statistik dazu gab. In den vergangenen Jahren hat sich die Datenlage aber dank immer neuer Zuschätzungen von Forschern deutlich verbessert, und über Entwicklung und Ausmaß der Ungleichheit hat sich unter Experten zunehmend ein Konsens gebildet, ebenso wie zu den (geeignetsten) Messmethoden der Konzentration. Danach hat die Vermögenskonzentration in Deutschland seit 1990 und bis in die jüngste Zeit stark zugenommen und ist im internationalen Vergleich sehr hoch. In dieser Zeit hat die reichere Hälfte der Bevölkerung ihr Vermögen verdoppelt, vor allem dank steigender Kapitalerträge und Vermögenswerte. Dagegen hat sich der ohnehin schon geringere Anteil der unteren 50 Prozent am Gesamtvermögen nahezu halbiert. Dass die Vermögen in Deutschland damit international überdurchschnittlich ungleich verteilt sind, gilt selbst unter Berücksichtigung von Sonderfaktoren wie dem Vorhandensein einer gesetzlichen Rente, die von einigen als ein De-facto-Vermögen im Alter eingestuft wird. Dieses Paper soll einen Überblick über den Stand von Forschung und empirischen Befunden zur Verteilung von Vermögen in Deutschland geben.

JEL Codes: D31, E01, E21

Stichwörter: Vermögensungleichheit, Kapitalerträge, Unternehmenseigentum, Wohneigentum

*Autoren: xhulia.likaj@newforum.org; Thomas.fricke@newforum.org. Forum New Economy, Neue Promenade 6, 10178 Berlin.

1. EINLEITUNG

Die politischen Auseinandersetzungen um die vermeintliche oder tatsächliche Spaltung der Gesellschaft sind in Deutschland über viele Jahre von sehr unterschiedlichen Diagnosen geprägt gewesen – und entsprechend abweichenden Meinungen dazu, wie dringlich es wäre, etwas gegen die Ungleichverteilung der Vermögen zu unternehmen beziehungsweise unternehmen zu müssen. So urteilte der Sachverständigenrat noch in seinem Jahresgutachten 2014/15, dass die Vermögensungleichheit in Deutschland seit den 2000er Jahren nicht mehr signifikant zugenommen habe und im internationalen Vergleich hohe Vermögensungleichheit vor allem durch die unterschiedlichen sozialen Sicherungssysteme, insbesondere die Rentenversicherung, zu erklären sei. Andere Autoren diagnostizierten damals ein kritisches Ausmaß an Ungleichheit. Entsprechend unterschiedlich fielen auch die politischen Bekundungen aus – zwischen denen, die vor einer Spaltung der Gesellschaft warnten, und denen, die keinen dringenden Bedarf sahen, etwa eine Vermögensteuer zum Ausgleich einzuführen. Wie konnte (und kann) es zu so unterschiedlichen Diagnosen und Bewertungen eines gesellschaftlichen Phänomens kommen?

a) *Vom Mangel an Statistiken, dessen Ursachen und Folgen*

In den Jahrzehnten der Nachkriegszeit bis in die 2000er-Jahre spielte die Erfassung und Bewertung von Vermögensungleichheit in Deutschland wie andernorts eine stark untergeordnete Rolle. Einer der Gründe dafür lag darin, dass die Vermögen in der Nachkriegszeit erst einmal deutlich weniger konzentriert waren, als es noch vor dem Zweiten Weltkrieg der Fall war. Die Nachkriegszeit war in Deutschland zudem dadurch geprägt, dass ein Großteil der Gesellschaft wirtschaftlich aufstieg, nur im Zweifel in unterschiedlichem Tempo; Soziologen haben dies als Fahrstuhleffekt bezeichnet. Auch wirkte das Narrativ vom “Wohlstand für alle”, selbst wenn dies angesichts ungleicher Verteilung nur bedingt der Fall war. Dazu kam seit den 1980er-Jahren, dass die “Spreizung” von Einkommen und Vermögen in der damals mehrheitlich vertretenen marktliberalen Ökonomie-Lehre als unproblematisch oder sogar explizit gewünscht galt. Die Tatsache, dass einige sehr viel Einkommen und Vermögen erzielen, war danach vor allem Ausdruck besonderer Leistung und Risikoübernahme. Dies sollte wiederum Anreiz für andere bieten, durch besondere Leistung ebenfalls aufzusteigen – zum Wohle aller. Eine zunächst steigende Ungleichheit würde demnach zu einer dynamischeren Wirtschaft beitragen, die es den Menschen am unteren Ende der Skala ermöglicht, aufzuholen. So sollten Steuerenkungen für die Reichen "nach unten durchsickern" - der berühmte Trickle-Down-Effekt, wie er zur Zeit der Reaganomics postuliert wurde. In diesem Kontext gab es auf Anhieb erst einmal keinen Anlass, Ungleichheit als Problem zu erforschen – und amtliche Daten dazu zu erheben.

In der amtlichen Statistik gab es in Deutschland daher in der Nachkriegszeit nur sehr grobe Daten zur Verteilung von Einkommen etwa zwischen Selbstständigen und Arbeitnehmern. Eine Statistik, die aufschlüsselte, welchen Anteil der Vermögen die reichsten zehn Prozent oder die untere

Hälfte hielten, fehlte lange Zeit völlig. Erst mit der ersten Einkommens- und Vermögensstichprobe (EVS) wurde 1962 begonnen, Daten überhaupt zu erheben. Die erste brauchbare Welle an Statistiken, die es zur Verteilung daraus gab, wurde erst Ende der 1970er-Jahre erstellt, und das damals auch nur bedingt öffentlich zugänglich. Erst im Nachhinein sollte dank neuer Daten deutlich werden, dass die Ungleichverteilung in Deutschland bereits seit längerem zugenommen hatte und seit den 1970er Jahren über dem europäischen Durchschnitt lag. Auch wurde zunehmend offenbar, dass selbst die Erlöse des "Wirtschaftswunders" lange vor allem Spitzenverdienern zugutekamen (Römer, 2021).

b) Von steigender Ungleichheit, neuer Forschung und besseren Statistiken

Als Einkommen wie Vermögen in den 1980er- und 1990er-Jahren in zahlreichen westlichen Volkswirtschaften stark auseinanderzudriften begannen, begann auch das Paradigma vom "Trickle-Down" zu wanken. Dabei nahm die Ungleichheit gerade in den Ländern drastisch zu, in denen die marktliberale Lehre am konsequentesten umgesetzt worden war, vor allem in den USA und Großbritannien. Auch zeigen aktuelle Forschungen, dass Steuersenkungen für die obersten zehn Prozent nur geringe Auswirkungen auf das Beschäftigungswachstum haben. Die These des Ökonomen Simon Smith Kuznets von 1955, wonach die Ungleichheit mit der Verbreitung neuer Technologien abnehmen würde, hat sich ebenso wenig bewahrheitet. Stattdessen zeigt die aktuelle Forschung ein U-förmiges Muster steigender Ungleichheit in fortgeschrittenen Ländern, wobei die Ungleichheit seit ihrem Tiefpunkt in den 1970er Jahren stetig zunimmt (Piketty & Saez, 2014).

Das offenbare Ausbleiben eines Trickle-Down-Effekts sowie die immer deutlich werdende Konzentration von Vermögen sorgten spätestens seit den 2000er-Jahren für einen Schub an neuer Forschung – und zunehmenden Versuchen, die gravierenden Datenlücken aufzufüllen. Dies galt für die USA und Großbritannien, ebenso wie für Deutschland. Einige dieser Veröffentlichungen gelten mittlerweile als Meilensteine. Dazu gehören Bücher von Thomas Piketty (*Das Kapital im 21. Jahrhundert*, 2014) oder Joe Stiglitz (*Der Preis der Ungleichheit*, 2012), die eine enorme Menge an internationalen Daten zur Einkommens- und Vermögensungleichheit zusammengetragen und gezeigt haben, wie dramatisch sich Einkommen und Vermögen beispielsweise in Ländern wie den USA seit den 1980er Jahren auseinanderentwickelt haben, oder Veröffentlichungen von Branko Milanović (2016), der den Einfluss der Globalisierung auf die Ungleichheit innerhalb und zwischen Staaten analysiert hat. In Deutschland gehörten Autoren wie Marcel Fratzscher (2016) zu den ersten, die einem größeren Publikum darlegten, dass Deutschland nicht so gleich ist, wie es oft dargestellt wird. Zur Datenaufbereitung trugen in Deutschland dabei maßgeblich die regelmäßigen Umfragen des Sozio-Oekonomischen Panels beim DIW Berlin bei. In den Umfragen werden jährlich seit 1984 Jahre repräsentativ Haushalte unter anderem zu ihren Einkommen und Vermögen befragt. Daraus ließen sich erstmals für Deutschland detailliertere Erhebungen zur Verteilung ableiten, die weit über die

Daten hinausgehen, die über die EVS in regelmäßigen Abständen und inzwischen öffentlich zugänglich ermittelt werden.

Erst seit 2001 lässt zudem die Bundesregierung in regelmäßigem Abstand die Entwicklung von Reichtum und Armut im Land offiziell beobachten. Alles drei bis vier Jahre wird dazu der "Reichtums- und Armutsbericht" veröffentlicht. Dieser ersetzt aber keine laufende statistische Erfassung der Entwicklung, zumal Indikatoren zur Einkommens- und Vermögensungleichheit insgesamt in dem Bericht nur einen sehr kleinen Teil ausmachen.

Im Vergleich hat sich die Ungleichverteilung von Vermögen gegenüber der Verteilung der Einkommen in Deutschland als deutlich gravierender erwiesen (siehe Kapitel 2 und Kasten). Trotzdem gab es gerade zur Verteilung der Vermögen lange Zeit noch weniger gesicherte Daten als zu den Einkommen. Bei der Analyse der Vermögenskonzentration haben sich dabei zusätzlich zur Auswertung des SOEP zunehmend Zuschätzungen etabliert, über die vor allem gravierende Lücken in der Erfassung der Super-Reichen zu schließen versucht werden. Über gängige Umfragen lassen sich die oberen Vermögen nur unvollständig erfassen, da Reiche die Fragen oft nicht beantworten und damit unterrepräsentiert sind. Deshalb werten Forscher zusätzliche Stichproben sowie die Auflistung der 100 Reichsten Deutschlands aus, die vom *Manager Magazin* einmal jährlich veröffentlicht wird. Ein Beispiel für solche Bemühungen sind Veröffentlichungen wie "*Looking for the missing rich: Tracing the top tail of the wealth distribution*" (Bach et al., 2019). Auch internationale Dateninitiativen wie die World Inequality Database tragen kontinuierlich zur Verbesserung der Wissenslage bei. Angesichts der Fortschritte bei der Datenerhebung, die Forscher auf Basis des SOEP gemacht haben, werden diese Auswertungen mittlerweile umgekehrt durch amtliche Organe (wie die OECD oder Eurostat) übernommen.

Dank dieser Fortschritte hat sich unter Forschern zunehmend auch ein Konsens hinsichtlich der Diagnose zur Ungleichverteilung von Vermögen herausgebildet. Danach hat vor allem seit Ende der 80er-Jahre die Vermögenskonzentration deutlich zugenommen. Auch über die Größenordnung der Konzentration besteht heute Einigkeit. Danach halten die Top zehn Prozent der Reichsten heute etwa zwei Drittel des Gesamtvermögens - bei tendenziell steigender Quote. Um zu diesem Befund zu kommen, brauchte es neben den zunehmenden Daten allerdings auch einen zunehmenden Konsens in der Frage, wie genau die Verteilung von Vermögen in einfachen Maßeinheiten am besten zu ermitteln und auszudrücken ist. Bei der Messung der Vermögenskonzentration erwies sich tatsächlich einer der in der Statistik zur Verteilung gängigen Koeffizienten als tückisch und nur bedingt hilfreich. Darum geht es im folgenden Kapitel.

Dieses Grundlagenpapier zielt darauf ab, den Stand von Datenerhebung und Forschung zur Vermögensungleichheit in Deutschland zusammenzufassen, um den sich in jüngster Zeit zunehmend Konsens bildet. Es baut dabei auch auf einer Reihe von Studien zur Ungleichheit auf, die das Forum

New Economy von 2018 bis 2023 im Rahmen eines mehrjährigen laufenden Schwerpunkts in Auftrag gegeben hat. Das Papier präsentiert: die Entwicklung der Vermögensungleichheit in Deutschland (2), den Stand der Vermögenskonzentration im internationalen Vergleich Deutschlands (3), sowie einen Überblick über die Haupttreiber der Ungleichverteilung (4).

BOX 1 | Die Entwicklung der Einkommensungleichheit in Deutschland ist weniger umstritten

Der Gini-Index des verfügbaren Haushaltseinkommens blieb zwischen 1991 und 1999 relativ stabil, stieg dann von 0,25 im Jahr 1999 auf 0,29 im Jahr 2005. Nach 2009 erhöhte sich die Ungleichheit im verfügbaren Haushaltseinkommen bis 2013 mäßig, wobei die untere Hälfte der Verteilung einen steileren Anstieg erlebte. Seitdem stagniert die Einkommensungleichheit, hauptsächlich dank der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns. Angesichts des sogenannten ‚Jobwunders‘, das Deutschland ab 2005 erlebte, hatten viele erwartet, einen Rückgang der Einkommensungleichheit zu beobachten – jedoch sind sich Wissenschaftler aus dem gesamten Spektrum einig, dass dieser ausgleichende Effekt nicht eingetreten ist (Peichl et al., 2018) oder von anderen Entwicklungen überdeckt wurde (Biewen & Sturm, 2022). Dies stellte für viele Wissenschaftler ein Rätsel dar, die sich daraufhin in detailliertere Analysen der Situation vertieften, um zu verstehen, welche Faktoren diese Entwicklung erklären könnten. Viele kamen zu dem Schluss, dass trotz des allgemeinen Anstiegs der Beteiligung am Arbeitsmarkt die meisten dieser Arbeitsplatzgewinne in Form von Teilzeitarbeit oder geringfügiger Beschäftigung erfolgten (Rothe & Wälde, 2017).

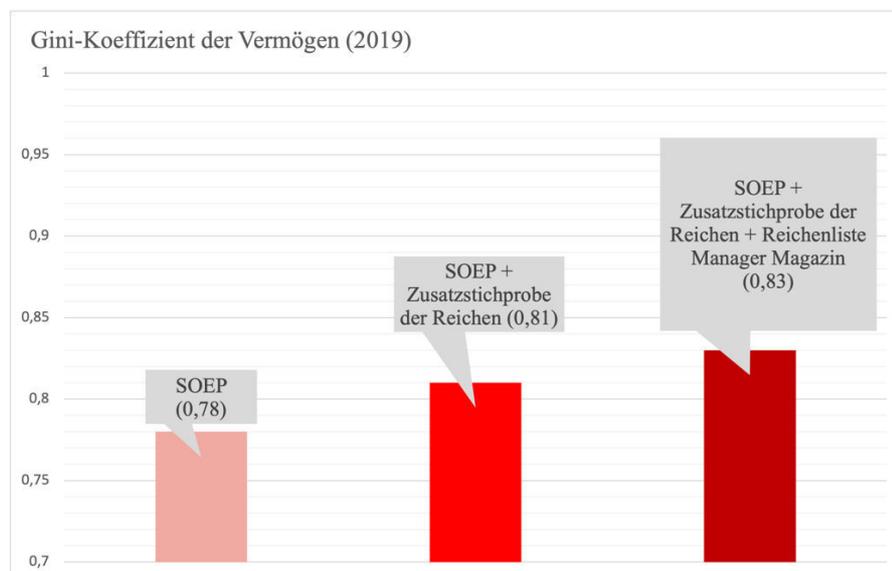
Ein noch ausgeprägterer Effekt zeigt sich im Anstieg der Ungleichheit auf Lohnebene. Mehrere Studien fanden heraus, dass die Lohnungleichheit seit den 1980er Jahren stetig zugenommen hat (Dustmann et al., 2009; Goebel & Grabka, 2018; 2020). Während dieses Zeitraums begann die Lücke zwischen Top-Verdienern und mittleren Verdienern sich zu vergrößern. In den 1990er Jahren begann auch die Lohnungleichheit am unteren Ende der Lohnverteilung zu steigen. Bis 2020 erhielten die obersten zehn Prozent der Verdiener mehr als das Siebenfache des Einkommens der untersten zehn Prozent. Im Vergleich dazu veränderte sich der durchschnittliche reale, tariflich vereinbarte Bruttostundenlohn zwischen 1992 und 2016 nur sehr leicht und stagnierte insbesondere ab 2005 - wobei das unterste Dezil zu Beginn der 2000er Jahre den stärksten Rückgang verzeichnete. Mit der Einführung des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns stieg der durchschnittliche Bruttostundenlohn deutlich an, mit einem bemerkenswert positiven Effekt auf die niedrigste Einkommensgruppe. Allerdings hat dieser Effekt die Monats- oder Jahreslöhne noch nicht erreicht.

2. ENTWICKLUNG UND STAND DER VERMÖGENSKONZENTRATION IN DEUTSCHLAND

Wenn es in den vergangenen Jahren immer wieder scheinbar sehr widersprüchliche Aussagen zum Stand der Ungleichheit in Deutschland gab, lag dies nicht nur daran, dass eine allgemein anerkannte und umfassende amtliche Statistik fehlt. Zur Verwirrung trug auch bei, dass in den Diagnosen teils unterschiedliche Methoden genutzt werden, um die Konzentration von Vermögen statistisch auf einfache Messwerte zu bringen. Diese ergaben, je nach Wahl, unterschiedliche Befunde. Dabei hat sich in der modernen Forschung zunehmend ein Konsens herausgestellt, wonach etwa klassische Maße wie der oft zitierte Gini-Index bei der Messung von Vermögensungleichheit gravierende Nachteile aufweisen. Als Maßstab setzten sich daher alternative Methoden zunehmend durch.

Durch den Gini-Index wird versucht, den Grad der Konzentration (hier von Vermögen) auf einen einzelnen Wert zu bringen. Dabei gilt: je höher der Wert zwischen 0 und 1 ist, desto höher ist der Grad der Ungleichheit. Welcher Wert dabei herauskommt, variiert auch beim Gini-Index (wie insgesamt) je nach Grad der Zuschätzungen (siehe Einleitung). Lässt man größere Anpassungen außen vor, ergibt sich für Deutschland im Jahr 2018 ein bereits relativ hoher Gini-Wert von 0,75 (Albers et al., 2022); nach internationalen Standards wird hierbei das zu Marktpreisen bewertete marktfähige Vermögen ohne langlebige Gebrauchsgüter und schwer bewertbare Güter berücksichtigt. Wie Schröder et al. (2020) zeigen, ergibt sich für 2019 sogar ein Gini-Index von 0,78, wenn zusätzlich das Vermögen der Haushalte auf Basis von Erhebungen erfasst wird, wie es bei den aktuellen SOEP-Erhebungen (Sozio-oekonomisches Panel) der Fall ist. Ergänzt man die SOEP-Daten um eine separate Stichprobe unter Reichen, steigt der Gini-Koeffizient auf 0,81. Bezieht man zusätzlich die Daten des Reichsten-Rankings des *Manager Magazins* ein, erreicht der Index sogar einen Wert von 0,83.

Abbildung 1. Ungleichheitsmaße variieren ja nach Datenbasis – Beispiel Gini-Koeffizient

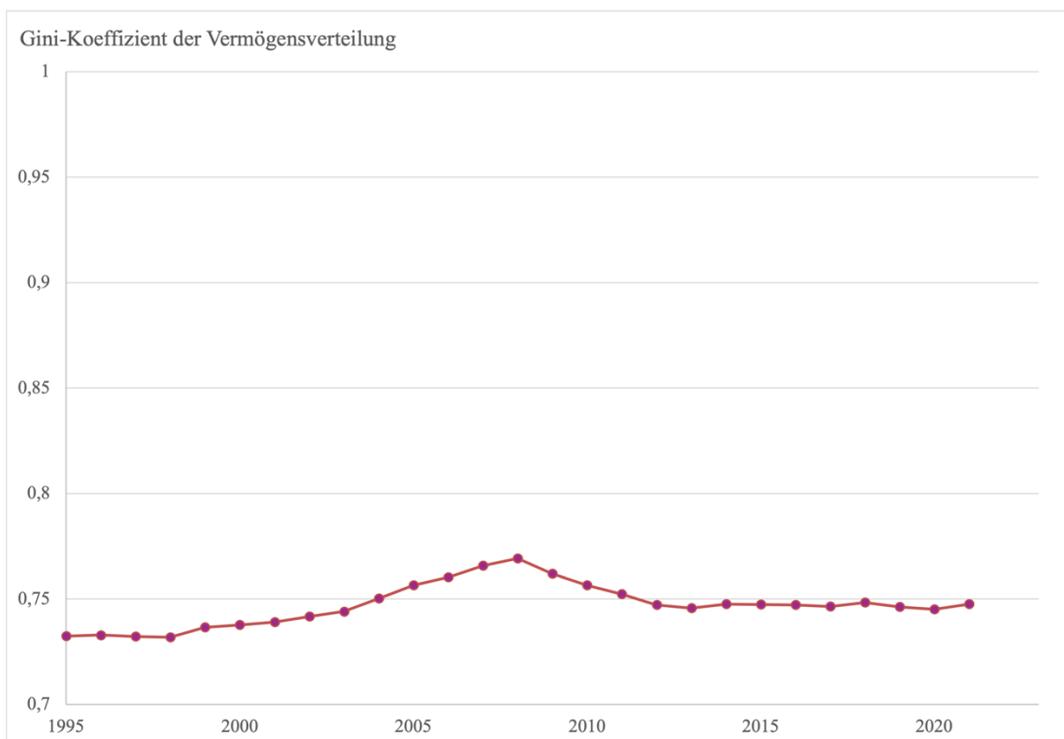


Eigene Darstellung. Quelle: Schröder et al., 2020.

Als sehr viel problematischer hat sich allerdings erwiesen, dass der Gini-Index die Entwicklung der Vermögensverteilung nicht gut darstellt. Die Methode ist nur sehr bedingt geeignet, die Dynamik der Ungleichheit auszudrücken. So weist der Gini-Koeffizient für Deutschland über die vergangenen drei Jahrzehnte einen nur relativ moderaten Anstieg der Vermögenskonzentration aus – von 0,71 im Jahr 1993 auf zuletzt 0,75 - obwohl etliche Indizien auf einen starken Anstieg hindeuten.

Tatsächlich ist die Formel zur Ermittlung des Gini so ausgelegt, dass Null-Werte (also nicht vorhandenes Vermögen) nicht gut berücksichtigt werden. Das ist nicht problematisch, wenn es um Einkommen geht, die in der Regel positiv sind. Bei den Vermögen ist es dagegen so, dass ein gewichtiger Teil der Bevölkerung keine oder sogar negative Werte halten. Der Gini-Index spiegelt in seiner Entwicklung also vor allem Verschiebungen zwischen denen, die Vermögen haben, also hauptsächlich in der oberen Hälfte. Verbessert sich die Situation der Vermögenden gleichmäßig, während die untere Hälfte unverändert nichts besitzt, bleibt auch der Gini-Wert stabil – selbst wenn sich dadurch der Abstand zwischen oben (steigende Vermögen) und unten (unverändert bei Null) vergrößert. Eine relative Verschlechterung gegenüber den Vermögenden fällt in der Berechnung des Gini statistisch nicht ins Gewicht. Genau das war in den vergangenen 20 Jahren der Fall. In dieser Zeit legten die Vermögen der Reichsten und der oberen Mittelschicht jeweils ähnlich stark zu; somit blieb auch der Gini-Index relativ stabil, obwohl die Abstände in der Bevölkerung insgesamt deutlich größer wurden (Albers et al., 2022).

Abbildung 2. Gini-Koeffizient zur Ungleichverteilung der Vermögen in Deutschland in den letzten drei Jahrzehnten



Quelle: World Inequality Database

Wie sehr sich die Verhältnisse in dieser Zeit zwischen Top-Vermögenden und einem Großteil der Bevölkerung tatsächlich auseinanderentwickelt haben, wird durch sogenannte Abstandsmaße oder Anteile am Gesamtvermögen besser ausgedrückt. Dabei wird typischer Weise zuerst ermittelt, welchen Anteil eine Gruppe – etwa die Top-10-Prozent der Vermögenden - am Gesamtvermögen halten. Diese Anteile können dann in einem nächsten Schritt verglichen werden. Dabei wird etwa der Abstand zwischen dem Vermögen der reichsten 1 oder 10 Prozent und dem Vermögen der unteren Hälfte verglichen; damit wird deutlich, wie viel größer der Reichtum an der Spitze im Vergleich zum Reichtum an der Basis ist. Diese Verhältnisse lassen sich auch für unterschiedliche Quintile oder Dezile berechnen, um etwa das Gesamtvermögen der oberen 20% mit dem der unteren 20% zu vergleichen (P80/20). Die Betrachtung von Vermögensanteilen, insbesondere am oberen Ende der Verteilung, ist eine Methode, die in den vergangenen Jahren von Thomas Piketty weit verbreitet wurde und sich als in der Analyse von Vermögensungleichheit etabliert hat.

Für Deutschland zeigt sich bei Anwendung der entsprechenden Abstandsmaße, dass die Konzentration von Reichtum in den vergangenen drei Jahrzehnten sogar drastisch zugenommen hat – anders als es der Gini-Index ausweist. Zwar bleibt diese Ungleichverteilung noch weit hinter dem her, was sich nach historischen Auswertungen für die Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg ergibt. Wie eine umfassende Langzeitauswertung von Albers, Bartels & Schularick (2022) für die Verschiebungen der Vermögensanteile von Ende des 19. Jahrhunderts bis in die jüngste Zeit ergab, besaßen die reichsten 1 Prozent im Jahr 1895 noch knapp 50 Prozent aller Vermögen (wobei die Forscher eine Kombination aus Steuerdaten, Umfragen, historischen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und Reichenlisten nutzten). In den frühen Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg fiel der Anteil auf knapp unter 25 Prozent – was vor allem auf die Besteuerung hoher Vermögen sowie den Lastenausgleich zurückzuführen war, bei dem nahezu einheitlich 50 Prozent auf das Nettovermögen der Haushalte erhoben wurde. Danach blieb der Anteil lange Zeit relativ stabil.

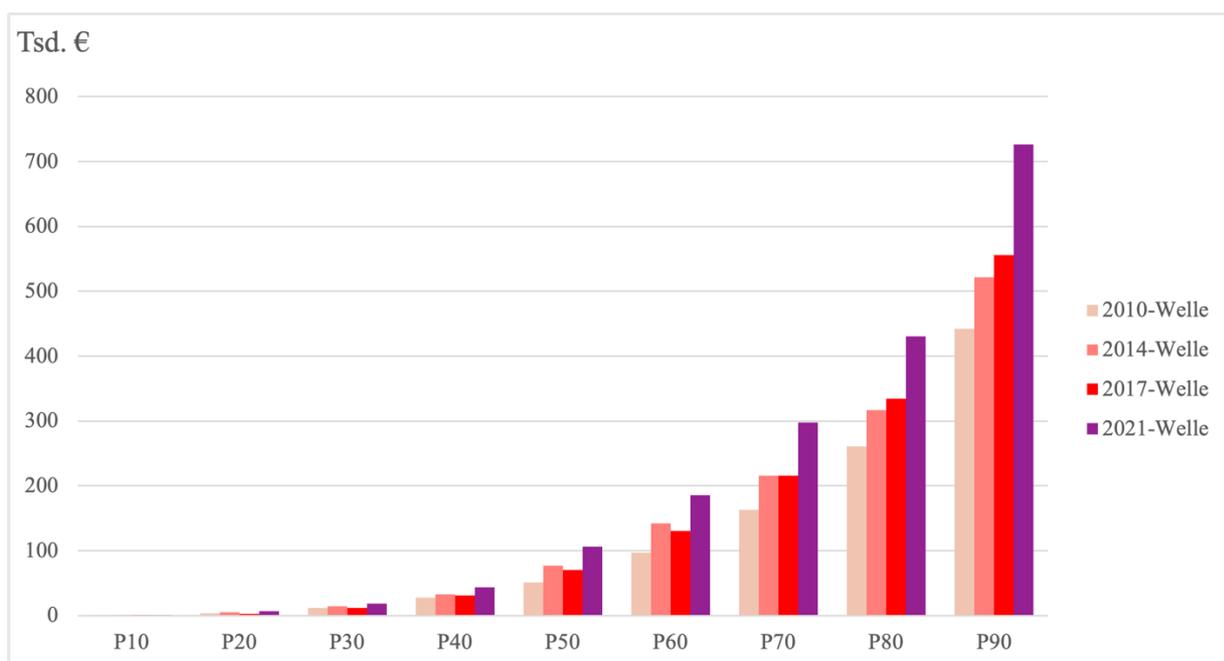
Nach den Auswertungen nahm die Konzentration der Vermögen in Deutschland seit den 1980er-Jahren wieder deutlich zu. Nach 1990 kam ein weiterer Anstieg hinzu, der mit der deutschen Vereinigung zu tun hat (in der neuen gesamtdeutschen Statistik machte sich natürlich auch das Gefälle zwischen West und Ost bemerkbar). Die Autoren fanden für die jüngste Vergangenheit zudem heraus, dass es in Deutschland erheblich mehr Vermögen gibt, als es die offiziellen Statistiken bis dahin auswiesen.

Alles in allem stiegen die Vermögen seit 1993 um 8,8 Billionen Euro. Auch sind die Vermögen offenbar deutlich stärker auf eine kleine Gruppe von Menschen konzentriert, als es frühere Studien vermuten ließen. Wie die Autoren herausfanden, hat die vermögendere Hälfte der Bevölkerung ihren Reichtum zwischen 1993 und 2018 in etwa verdoppelt. Dabei spielte der deutliche Anstieg von

Vermögenswerten in dieser Zeit eine entscheidende Rolle. Vor allem die Top-Vermögenden profitierten von den enormen Kapitalgewinnen aus Unternehmensanteilen, die sie ohnehin zu einem größeren Teil besitzen als alle anderen. Der oberen Mittelschicht kam wiederum zugute, dass sie ihr Vermögen vor allem in Immobilien hält; auch hier kam es in den vergangenen 15 Jahren zu überaus starken Wertzuwächsen. Damit konnte, wie bereits erwähnt, die Mittelschicht über diesen Zeitraum (gegen den sonst üblichen Trend) mit den Reichen mithalten, sodass der Abstand zwischen beiden nur moderat zunahm.

Ein erheblicher Teil der Bevölkerung besitzt jedoch keine Vermögenswerte und profitierte daher so gut wie gar nicht von steigenden Aktien- oder Immobilienpreisen. Tatsächlich stagnierte das reale Vermögen eines durchschnittlichen Haushalts in der unteren Hälfte der Bevölkerung. Der Anteil der gesamten Vermögen der unteren Hälfte am Gesamtvermögen in Deutschland sank nach den Berechnungen von Albers et al. fast um die Hälfte: von 5 Prozent im Jahr 1978 auf 2,8 Prozent 2018. Entsprechend stark vergrößerte sich der Abstand zwischen denen, die viel haben, und denen, die wenig bis nichts besitzen: 1993 war das durchschnittliche Vermögen der Top-Zehn-Prozent der Haushalte 50-mal höher als in der unteren Hälfte. Bis 2018 erhöhte sich der Abstand auf das 100-fache. Noch deutlicher wird das Ausmaß dieses Auseinanderdriftens, wenn man die Entwicklung nach Zehn-Prozent-Anteilen der Bevölkerung am Vermögen betrachtet. Hier zeigt sich, dass etwa die ärmsten zehn Prozent zwischen 2010 und 2021 ohne nennenswerte Vermögenszuwächse blieben. Entsprechende Gewinne errechnen sich erst ab etwa der Mitte der Vermögensverteilung, wobei die (absoluten wie relativen) Gewinne mit jedem Zehntel deutlicher zunehmen.

Abbildung 3. Verteilung des Nettovermögens pro Haushalt

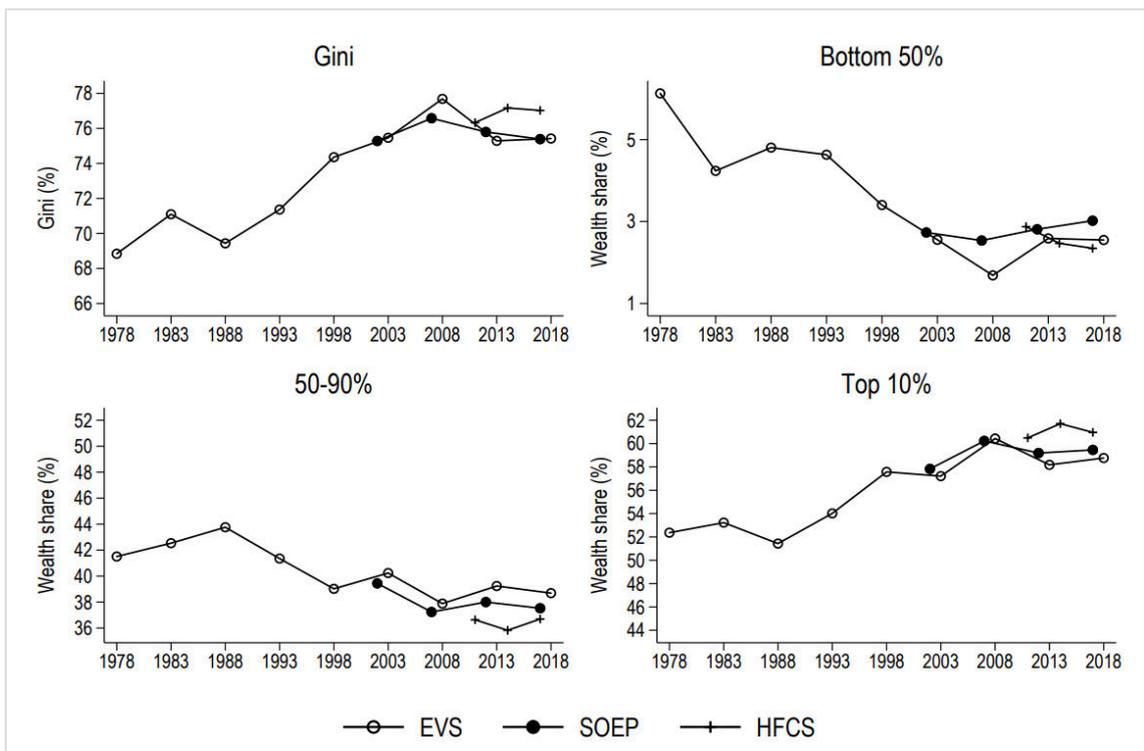


Quelle: Household Finance and Consumption Survey (HFCS), EZB (Wellen: 2010-2021).

Anders als es die Widersprüchlichkeit der Aussagen zum Reichtumsgefälle in Deutschland lange vermuten ließ, ergibt sich bei den heute in der Forschung üblichen Abstandsmaßen durchweg eine über die vergangenen Jahrzehnte stark gestiegene Konzentration der Vermögen. Dazu trugen auch die immer neuen Zuschätzungen von Daten bei, mit denen frühere Lücken in der Erfassung vor allem von Superreichen gefüllt wurden.

Je nach Datenbasis und Zuschätzungen ergeben sich daher nach wie vor Abweichungen in den Erfassungen – zwischen Auswertungen auf Basis des SOEP beim DIW, der EVS des Statistischen Bundesamts und des Household Finance and Consumption Survey HFCS der Europäischen Zentralbank (siehe Abbildung 4). Der Vergleich zeigt allerdings auch, dass die Ergebnisse nicht mehr wesentlich auseinanderliegen. So weichen etwa die ermittelten Anteile der reichsten zehn Prozent je nach Quelle nur um wenige Prozentpunkte voneinander ab: die Anteile variieren für 2018 zwischen knapp unter und knapp über 60 Prozent. Ebenso wenig umstritten ist nach derzeitigem Datenstand, dass die untere Hälfte weniger als drei Prozent der Vermögen besitzt.

Abbildung 4. Maße der Vermögensungleichheit nach Umfrage, 1993–2018



Quelle: Albers et al., (2022).

Für den Vermögens-Simulator, den Timm Bönke und Charlotte Bartels für das Forum New Economy entwickelt haben, wurden Daten aus Stichproben berücksichtigt. Für das Ausgangsjahr 2017, für das es 2023 entsprechende Erhebungen aus dem SOEP gab, ergab sich danach ein Anteil der obersten zehn Prozent von 61 Prozent an den Gesamtvermögen. Die obere Mittelschicht (zwischen 50 und 90

Prozent der Verteilung) hielt zu der Zeit 38 Prozent der Vermögen, die untere Hälfte nur ein Prozent. Wie die Modell-Rechnungen der Forscher ergaben, nimmt die Kluft automatisch zu: allein aus demografischen Gründen und weil die Top-Vermögenden typischerweise über Aktien und andere Anlagen höhere Renditen erzielen. Wie die Simulation ergab, würde der Anteil ohne Zutun innerhalb von zehn Jahren daher allein um sechs Prozentpunkte auf 67 Prozent steigen (siehe Simulator unter *newforum-rebalance.org*). Eine Vermögensteuer oder anderes zu erheben, würde somit erstmal nur diesen Trend bremsen.

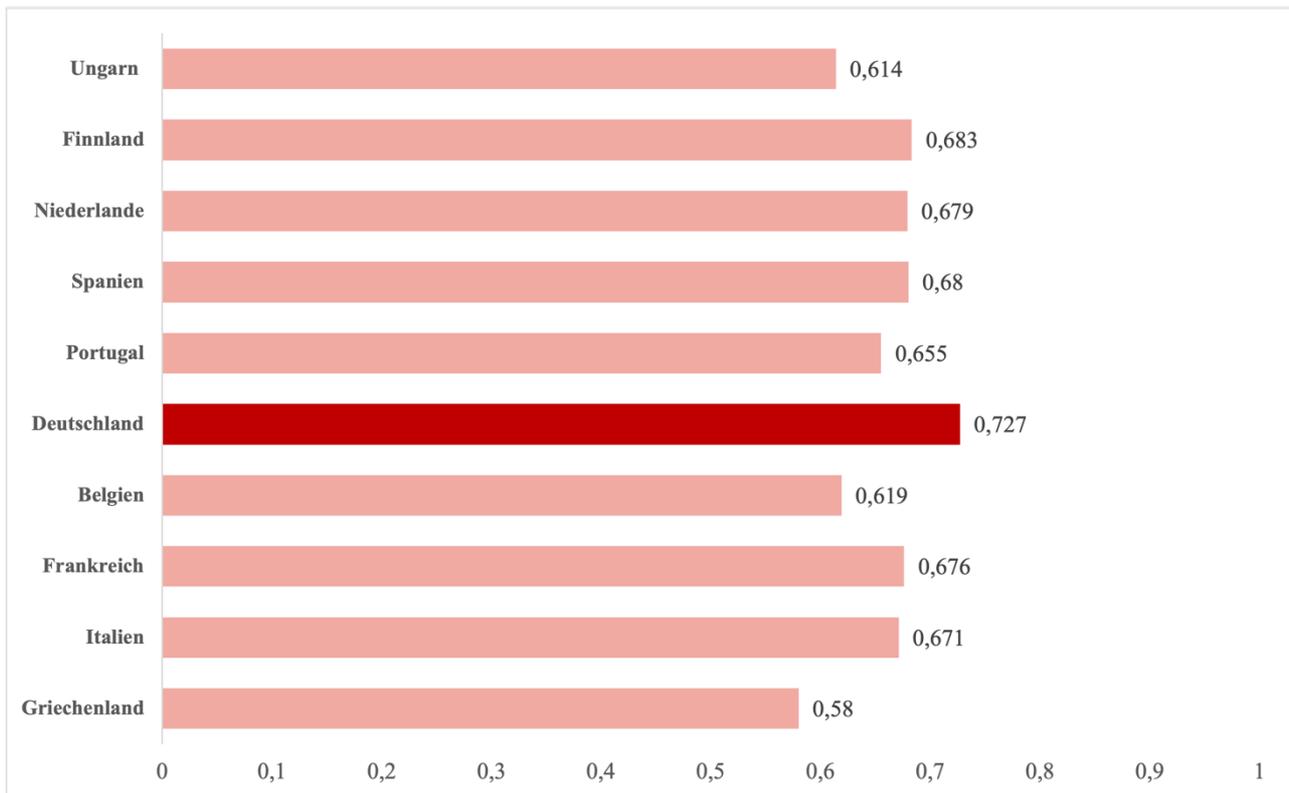
Trotz aller verbleibenden Mängel in der statistischen Erhebung ist es heute möglich, Entwicklung und Ausmaß der Vermögensungleichheit in Deutschland innerhalb einer recht kleinen Unsicherheitsmarge zu bestimmen. Danach ist der Anteil der reichsten zehn Prozent am Gesamtvermögen in den vergangenen mindestens 30 Jahren stark gestiegen – und erreicht heute einen Wert von rund 60 Prozent. Darüber gibt es unter Fachleuten weitgehend Konsens.

3. DEUTSCHE VERMÖGENSKONZENTRATION IM VERGLEICH

Dass Vermögen zunehmend bei den Reichsten konzentriert sind und die ohnehin kaum bestehenden Vermögen der Ärmeren stagnieren, ist eine Entwicklung, die nicht nur in Deutschland zu beobachten ist. Dabei spielt fast überall eine wichtige Rolle, dass auch die Einkommen stark auseinandergedriftet sind, die wiederum eine wichtige Basis für den Aufbau von Vermögen sind. Wie der World Inequality Report (WIR 2022) herausstellt, besteht dieser Trend seit 1980 in allen fortgeschrittenen Volkswirtschaften, wobei die Einkommen der obersten 0,1% der Einkommensbezieher global so stark zunehmen wie die gesamten Einkommen der unteren Hälfte der erwachsenen Weltbevölkerung.

Während sich die Trends in den entwickelten Ländern stark ähneln, unterscheidet sich das Ausmaß der Vermögensungleichheit stark. Auch hier haben die zunehmend verlässlicheren Schätzungen zu einem besseren Verständnis beigetragen. Danach zählt Deutschland – anders als oft vermutet – zu den Ländern mit dem höchsten Grad an Vermögensungleichheit in der Eurozone. Die Europäische Zentralbank weist in ihren jüngsten Vergleichen zu den Nettovermögen für Deutschland einen Gini-Index von 0,727 aus – in Ländern wie Frankreich, Italien, den Niederlanden und Spanien liegen die Werte teils deutlich unter 0,7 (siehe Abbildung 5). Nach den Daten des World Inequality Lab liegt der Gini für die Vermögensverteilung in Deutschland mit 0,75 sogar über dem Wert für das Vereinigte Königreich (0,73). Deutlich höher als in Deutschland ist die Konzentration der Vermögen danach in den USA mit 0,83 (WIL, Daten für das Jahr 2020).

Abbildung 5. Nettovermögensverteilung in ausgewählten Ländern der Eurozone gemessen am Gini-Index (Stand: 2023)



Quelle: Household Finance and Consumption Survey (HFCS), ECB 2023 (Wave 2021).

Wie gängige Abstandsmaße zeigen, sind in Deutschland die Vermögen tatsächlich überdurchschnittlich stark bei den reichsten zehn Prozent konzentriert (zu knapp zwei Dritteln), während mehr als jeder vierte Erwachsene entweder kein Vermögen oder aufgrund von Schulden ein negatives Vermögen hat. Ein Grund dafür liegt darin, dass in Deutschland relativ weniger Menschen Wohneigentum besitzen (Grabka & Westermeier, 2014). Auch wirkt sich auf die Gesamtverteilung in Deutschland aus, dass es auch Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung in Ostdeutschland nur sehr wenig (vererbtes) Vermögen gibt. Das Medianvermögen eines Haushalts in Ostdeutschland betrug 2021 nur 43.400 Euro, verglichen mit 127.900 Euro in Westdeutschland (Monatsbericht der Bundesbank, 2023). Das Ost-West-Gefälle bestätigt sich auch bei den Erbschaften. Mit weniger als 20.000 Euro je Todesfall liegt die Vermögensübertragung im Osten deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von mehr als 80 000 Euro (Heider et al., 2023).

Die hohe Konzentration der Vermögen bei den Reichsten erklärt auch, warum für Deutschland in internationalen statistischen Vergleichen teils sehr geringe durchschnittliche Vermögen für die Bevölkerung insgesamt ausgewiesen werden. Für mediale Aufregung sorgte etwa, dass - je nach Ermittlungsmethode für den Durchschnitt - die Vermögen in Deutschland teils niedriger liegen als etwa in Italien oder anderen Ländern ausgewiesen wurden (siehe Kasten 1). Der Eindruck trägt nur:

Alles in allem sind die Deutschen sehr viel vermöglicher, nur sind die Vermögen ungewöhnlich stark bei den Reichsten konzentriert, was je nach Statistik zu niedrigeren Mittelwerten (Median) führt.

Auf die Trends, die die Dynamik der Vermögensungleichheit in den vergangenen drei Jahrzehnten besonders angetrieben haben - und welche Vermögenswerte am meisten zur Polarisierung zwischen Arm und Reich beigetragen haben - wird im Folgenden eingegangen.

BOX 2 | Sind die Deutschen ärmer als die Italiener?

Im Nachgang der Euro-Krise sorgte es für Aufsehen, als Statistiken der Europäischen Zentralbank darauf schließen ließen, dass die Vermögen in einigen Krisenländern deutlich höher zu sein schien als in Deutschland. Dies ist jedoch nur auf den ersten Blick zutreffend. So ergibt sich für Italiener nur dann ein relativ hohes Vermögen, wenn man dazu den Medianwert berechnet. Das ist das Einkommen des Haushalts, der genau in der Mitte zwischen der reicheren und der ärmeren Hälfte der Bevölkerung liegt. Laut EZB-Daten war dieses Medianvermögen 2020 mit 132.300 Euro höher als in Deutschland mit 70.800 Euro. Dass dieser Wert trügerisch ist, wird deutlich, wenn man stattdessen den Durchschnitt des Nettovermögens berechnet. Plötzlich liegt Deutschland nicht mehr hinten, sondern relativ weit vorn - und die Italiener sind im Durchschnitt ärmer, nicht reicher, als die Deutschen (232.800 Euro gegenüber 214.300 Euro). Wenn die Deutschen im Durchschnitt relativ viel haben, der Median-Haushalt jedoch relativ wenig, deutet dies tatsächlich vor allem darauf hin, dass das Vermögen in Deutschland viel stärker auf die oberen Vermögenden konzentriert ist - im Gegensatz zu Italien, wo es gleichmäßiger verteilt, aber im Durchschnitt auch niedriger ist. Der Unterschied zwischen Median und Durchschnitt der Vermögen ist nirgendwo größer als in Deutschland, was bedeutet, dass Deutschland das Land mit der ungleichsten Vermögensverteilung in der Eurozone ist. Dass die Italiener überhaupt relativ hohes Vermögen haben, hat viel damit zu tun, dass es mehr Wohneigentum und alles in allem weniger soziale Absicherung durch den Staat gibt. Deutsche Haushalte können sozialen und genossenschaftlichen Wohnraum nutzen, der nicht als Privatvermögen zählt.

BOX 3 | Verfügen die Deutschen dank ihrer Rentenansprüche de facto über viel mehr Vermögen als andere?

Wird über die ungleiche Verteilung von Vermögen geurteilt, wird dies manchmal dadurch relativiert, dass die Deutschen de facto ja auf eine Art Vermögen zählen können, das ihnen im Alter ausgezahlt wird - über die gesetzliche Rente. Anderswo gibt es solche Ansprüche

nicht, weshalb die Menschen viel mehr sparen und eigenes Vermögen aufbauen - dafür aber weniger in die Rentenversicherung einzahlen müssen. Dass die gesetzliche Rente eine Art Vermögen darstellt, ist allerdings als Aussage auch nicht unumstritten. Und die Frage ist, welchen Unterschied das für die Beurteilung der (eigentlichen) Vermögensungleichheit im Land macht? Die Experten des DIW Berlin haben berechnet, wie sich die Vermögensverteilung in Deutschland verändern würde, wenn Rentenansprüche einbezogen würden (Bartels et al., 2023). Das Ergebnis: Werden Rentenvermögen berücksichtigt, steigt der Vermögensanteil der unteren Hälfte von 2 auf 9 Prozent, während der Vermögensanteil der obersten ein Prozent von 30 auf 20 Prozent sinkt. Ähnliches hatten frühere Schätzungen ergeben. Gemessen am Gini-Koeffizienten, der die Ungleichheit insgesamt auf einen Wert zu bringen versucht, fiel die Ungleichheit in Deutschland danach um etwa ein Viertel. Damit war Deutschland rechnerisch dank gesetzlicher Rentenansprüche zwar tatsächlich weniger ungleich – aber immer noch ungleicher als viele andere Länder. Nimmt man die Schätzungen des DIW von 2023 zum Maßstab, liegen die um die Rentenansprüche erweiterten Vermögen in Deutschland alles in allem bei fast 850 Prozent der Einkommen. Ohne Bereinigung sind es 570 Prozent, was deutlich mehr ist als etwa in den USA (540 Prozent) und Schweden (500 Prozent); Frankreich kommt ebenfalls auf 570 Prozent. Somit ist Deutschland mathematisch nicht mehr so ungleich – wenn man die gesetzlichen Rentenansprüche als eine Art Vermögen im Alter einstuft. Das ändert nur wenig daran, dass im Laufe des Lebens die Vermögen in Deutschland sehr konzentriert nur bei sehr wenigen entstehen und wachsen. Und: selbst mit der Korrektur bliebe Deutschland noch eines der am stärksten ungleichen Länder.

4. WAS HINTER DEM AUSEINANDERDRIFTEN DER VERMÖGEN STECKT

Für die Frage, wie sich eine möglicherweise als gesellschaftlich untragbar empfundene Konzentration abbauen lässt, ist entscheidend, die Ursachen und Triebkräfte zu identifizieren, die dazu geführt haben. Wie neuere Forschungen ergaben, waren für die überdurchschnittlichen Zuwächse bei den Top-Vermögenden in Deutschland während der vergangenen Jahrzehnte vor allem starke Anstiege der Vermögenspreise sowie der Kapitalerträge und Spareinlagen maßgeblich (Kuhn et al., 2018; Baldenius, 2021).

Einen selbstverstärkenden Effekt hat dabei das Anlageverhalten je nach Ausgangsvermögen. Reichere können es sich angesichts der großen Rücklagen leisten, ihr Geld in riskantere Anlagen zu stecken, die wiederum in der Vergangenheit stets höhere Renditen brachten. Ihre Vermögen wuchsen deshalb allein über das größere Gewicht entsprechend höherer Kapitalgewinne in ihren Portfolios

überdurchschnittlich. Die untere Hälfte der Bevölkerung, die ohnehin wenig Vermögen hält, legt Geld überwiegend in Spareinlagen und anderen Finanzanlagen wie Lebensversicherungen an (vielen fehlt für riskantere Anlagen etwa in Aktien das entsprechende Polster, um auch Verluste einmal aufzufangen), die wiederum relativ niedrige Renditen bringen.

Für Mittelschicht und obere Mittelschicht ist in Deutschland Wohneigentum mit einem Portfolioanteil von fast 60 und 55 Prozent der wichtigste Vermögenswert. Aktien und andere Unternehmensvermögen sind die dominierende Anlage für das reichste ein Prozent; sie machen hier die Hälfte des Vermögens aus. Steigende Aktienkurse sind daher auch für den größten Teil der Vermögenszuwächse der Spitzengruppe um 130 Prozent zwischen 1993 und 2018 verantwortlich. Sie erklären fast 60 Prozent des Zuwachses. Allein zwischen 1990 und 2018 haben sich die Aktienkurse real fast vervierfacht. Die Mittelschicht profitierte zwischen 2008 und 2018 derweil außergewöhnlich stark von den steigenden Hauspreisen; letztere trugen zu fast der Hälfte des Vermögenswachstums der Mittelschicht in dieser Zeit bei (Albers et al., 2022). Die Portfolios der unteren Hälfte mussten sich, wenn überhaupt, mit relativ bescheidenen Renditen aus Einlagen und Lebensversicherungen begnügen. Nimmt man die Trends zusammen – deutliche Zuwächse oben und Stagnation unten - erklärt dies den deutlichen Anstieg des Gefälles zwischen den Reichsten und einem Großteil der Bevölkerung. Die untere Hälfte musste in der Zwischenzeit sogar einen Rückgang ihrer Spareinlagen hinnehmen.

Wie Berechnungen von Charlotte Bartels und Carsten Schröder für das Forum New Economy ergaben, erklärt der ungleich verteilte Besitz von Immobilien allein 35 Prozent der Ungleichverteilung des Nettovermögens in Deutschland. Dies entspricht dem statistisch ermittelten relativen Beitrag zur Gesamtungleichheit. Einen noch größeren Anteil haben Unternehmensvermögen, wie etwa Aktien - das typische Vermögen der Reichsten; sie erklären mit 55 Prozent mehr als die Hälfte der Ungleichheit der Nettovermögen in Deutschland insgesamt (Bartels & Schröder, 2020). Während fast die Hälfte der Bevölkerung in Immobilien investiert, ist der Firmenbesitz stark an der Spitze konzentriert. So besitzt das oberste ein Prozent der Vermögenden etwa zwei Drittel des gesamten Unternehmensvermögens. (Albers et al., 2020).

Eine volkswirtschaftliche Ursache für die hohe Konzentration von Vermögen hat vor einiger Zeit der Internationale Währungsfonds ausgemacht (2019). Danach entsteht ein Teil der Vermögen de facto dadurch, dass Deutschland weit mehr ins Ausland exportiert als von dort zu importieren. Die entsprechenden Erträge kommen danach vor allem den Haushalten an der Spitze der Vermögensverteilung zugute, bei denen sich der Unternehmensbesitz konzentriert. Die treibende Kraft hinter dieser Entwicklung sind dem IWF zufolge mittelständische Familienunternehmen. Die Konzentration von privatem und börsennotiertem Unternehmenseigentum sei in Deutschland besonders ausgeprägt, was möglicherweise auf Verzerrungen beim Unternehmenszugang, bei den Finanzierungsbedingungen

und bei steuerlichen Anreizen zurückzuführen sei. Darüber hinaus spielt die Befreiung von Familienunternehmen von der Erbschafts- und Schenkungssteuer eine wichtige Rolle bei der Verfestigung der Vermögensungleichheit.

Ein wichtiger Faktor ist, dass es eine Wechselwirkung zwischen der bereits bestehenden Vermögensungleichheit und den steigenden Unternehmenseinkünften gibt, die wiederum die Ungleichverteilung der Einkommen verstärkt. Die Einkommens-Vermögens-Ungleichheitsschleifen verstärken sich selbst. Hinzu kommt als Muster, dass Bezieher höherer Einkommen in der Regel einen stetig kleineren Anteil ihres Einkommens konsumieren – und damit entsprechend mehr sparen und weiteres Vermögen aufbauen können. Steigen Top-Einkommen und -Vermögen überdurchschnittlich, erhöht dies auch die Ersparnisse und damit das Nettovermögen der reichsten Haushalte. Die Ungleichheit verschärft sich darüber im Zeitablauf automatisch.

Einen ähnlich selbstverstärkenden Effekt auf die Kluft zwischen Reich und Arm haben Erbschaften. Einer jüngeren Studie zufolge tragen Erbschaften maßgeblich zur Vergrößerung der Vermögensunterschiede bei und verschärfen so die absolute Ungleichheit (Baresel, 2021). Zwar nimmt die relative Ungleichheit durch Erbschaften ab, da beim Tod einer Person das Vermögen oft auf mehrere Erben verteilt wird. Da nur ein kleiner Teil der Bevölkerung größere Erbschaften bekommt, erhöht sich nur mit jeder Erbschaft tendenziell die Vermögenskluft zwischen denjenigen, die erben, und denjenigen, die nicht erben. Tatsächlich geht die Hälfte aller Erbschaften und bedeutenden Schenkungen in Deutschland an die reichsten zehn Prozent unter den Begünstigten. Darüber hinaus entspricht die Summe aller Erbschaften und Schenkungen in Westdeutschland einem Drittel des aktuellen Nettovermögens der Haushalte. Auch hier weist Deutschland eine der höchsten Quoten unter den EU-Ländern auf (Westermeier et al., 2016).

Zwar ist die Vermögenskonzentration trotz ihres Anstiegs in den vergangenen Jahren in Deutschland heute noch niedriger als etwa in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, als die Ungleichverteilung extreme Werte erreichte. Die Hauptursache hat sich allerdings nicht geändert: ein Anstieg der Vermögenspreise, der sich angesichts der unterschiedlichen Portfoliostrukturen asymmetrisch auswirkt – und dessen Wirkung durch konzentrierte Erbschaften verstärkt wird.

5. FAZIT

Die Diskussion um eine vermeintlich steigende und womöglich inakzeptabel große Ungleichverteilung von Vermögen in Deutschland war lange Zeit davon geprägt, dass es zum einen an einer umfassenden Erfassung von Daten mangelte. Zum anderen gab es selbst in der akademischen Welt lange keine Einigkeit darüber, über welche Messgrößen das Ausmaß von Ungleichheit am besten erfasst werden sollte. Beides zusammen erklärt, warum die Diagnosen zur Vermögenskonzentration lange Zeit auch stark auseinander zu gehen schienen – zwischen denen, die ein starkes Auseinanderdriften

diagnostizierten, und jenen, die auf Indizien für das Gegenteil hingewiesen haben. In den vergangenen Jahren hat es in beiderlei Hinsicht beeindruckende Fortschritte gegeben. Und inzwischen hat sich ein weitgehender Konsens unter Expertinnen und Experten zur Ungleichheit entwickelt.

Zum einen wurden über Zuschätzungen gravierende Lücken in der Erfassung vor allem der Vermögen an der Spitze der Verteilung geschlossen. Zum anderen gibt es zunehmend Einigkeit darüber, dass klassische Maße wie der Gini-Koeffizient zumindest zur Messung der Entwicklung von Vermögensungleichheit nur bedingt geeignet sind, weil sie die hohe Zahl an Nullwerten (Haushalte ohne Vermögen) unzureichend berücksichtigen. Stattdessen haben sich alternative Methoden etabliert, die den Anteil von einzelnen Gruppen am Gesamtvermögen und die Abstände zwischen diesen Gruppen ermitteln.

Wendet man diese Abstandsmaße auf die mittlerweile deutlich verbesserte Datenlage an, ergibt sich für Deutschland, dass die Konzentration von Vermögen an der Spitze in den vergangenen mindestens 30 Jahren zum einen drastisch zugenommen hat. Hielten die reichsten zehn Prozent 1993 das 50-fache der Vermögen in der unteren Hälfte der Bevölkerung, ist es mittlerweile etwa das 100-fache. Zum anderen konvergieren die Schätzungen mittlerweile, was die Größenordnung der Konzentration in jüngster Zeit angeht. Danach halten die Top zehn Prozent etwa 60 Prozent der gesamten Vermögen, während die untere Hälfte der Bevölkerung auf lediglich zusammen etwa ein-zwei Prozent kommt. Die Schätzungen variieren hier für die Reichsten je nach Quelle nur noch um wenige Punkte. Über den Grundbefund gibt keinen maßgeblichen Streit mehr.

Ähnliches gilt für den Befund, dass Deutschland damit mittlerweile zu den Euro-Ländern mit der größten Konzentration von Vermögen an der Spitze zählt. Selbst in Großbritannien liegt die Ungleichverteilung je nach Messmethode heute nicht ganz so hoch. Am Befund der starken Ungleichverteilung ändert sich für Deutschland auch nichts grundlegend, wenn etwa die Ansprüche auf eine gesetzliche Rente als Quasi-Vermögen gewertet werden.

Auch über die Hauptursachen für das Auseinanderdriften besteht zunehmend Einvernehmen. Dass der Anteil der ohnehin schon Reichen so deutlich steigt, liegt maßgeblich daran, dass die Vermögenden auch einen großen Anteil ihres Geldes in Aktien halten (können). Hier sind wiederum die Renditen am höchsten. An der Gesamtungleichverteilung haben Unternehmensvermögen einen großen Anteil. Die Dynamik der Vermögens- und Einkommensungleichheit scheint sich selbst zu verstärken, da höhere Einkommen und Vermögen zu höheren Ersparnissen und damit zu einer weiteren Vermögensakkumulation bei den Reichsten führen. Erbschaften tragen ebenfalls zur Vergrößerung der Vermögensunterschiede bei, da sie tendenziell die Vermögenskluft zwischen Erben und Nicht-Erben vergrößern.

Dass in Deutschland so lange so wenig gesichert über die Verteilung von Einkommen und vor allem Vermögen bekannt war, zählt zu den statistischen Kuriositäten der Nachkriegsgeschichte. Immerhin wurden in dieser Zeit alle möglichen sehr detaillierten Statistiken entwickelt. Das war weniger gravierend, solange die Ungleichheit nicht stieg, sondern im Vergleich zur Vorkriegszeit relativ niedrig blieb. Die mangelnde Kenntnis der Ausmaße wurde zu einem zunehmend ernstem Problem, als die Vermögensungleichheit seit den 1990er-Jahren drastisch zu steigen begann. Der gefühlten Ungleichheit, die sich in Umfragen ausdrückte, stand kein entsprechend belastbares Datenmaterial entgegen. Dies dürfte einen gewichtigen Teil zur Heftigkeit und Verwirrung der öffentlichen Diskussionen zu Reich und Arm beigetragen haben.

Umso bedeutender sind die Fortschritte, die bei der statistischen und analytischen Aufbereitung in den vergangenen Jahren gemacht wurden. Je mehr über Art und Ausmaß der Konzentration von Vermögen in Deutschland bekannt wurde, desto besser lassen sich seither erst die Mechanismen und Treiber verstehen, die dahinter liegen. Und desto besser lassen sich Instrumente entwickeln, die an den wichtigsten Treibern ansetzen, um den mittlerweile tiefsitzenden Trend zu steigender Ungleichheit zu bremsen oder umzukehren.

Dazu hat das Forum zusammen mit Charlotte Bartels und Timm Bönke auf Basis des heutigen Stands der Forschung den bereits zitierten Vermögens-Simulator entwickelt. Dieser erlaubt es, auf Basis eines Mikrosimulationsmodells erstmals abzuschätzen, welchen Effekt etwa eine Vermögenssteuer oder ein Startkapital auf die tatsächliche Verteilung der Vermögen in Deutschland hätte. Dass es mittlerweile einen weitgehenden Konsens zur Diagnose gibt, ist in diesem Sinne eine entscheidende Voraussetzung dafür, sehr viel sachlicher über mögliche wirtschaftspolitische Instrumente zu diskutieren, als dies in den vergangenen Jahren lange der Fall war.

LITERATUR

Albers, T. N., Bartels, C., & Schularick, M. (2020). The distribution of wealth in Germany, 1895-2018 (No. 001). ECONtribute Policy Brief. https://www.econtribute.de/RePEc/ajk/ajkpbs/ECONtribute_PB_001_2020.pdf

Albers, T., Bartels, C., & Schularick, M. (2022). Wealth and its Distribution in Germany, 1895-2018. https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=4103952

Bach, S., Thiemann, A., & Zucco, A. (2019). Looking for the missing rich: Tracing the top tail of the wealth distribution. *International Tax and Public Finance*, 26(6), 1234-1258. https://ideas.repec.org/a/kap/itaxpf/v26y2019i6d10.1007_s10797-019-09578-1.html

Baldenius, T., Kohl, S., & Schularick, M. (2020). Die neue Wohnungsfrage. Gewinner und Verlierer des deutschen Immobilienbooms. *Leviathan*, 48(2), 195-236. https://www.econtribute.de/RePEc/ajk/ajkpbs/ECONtribute_PB_019_2021.pdf

Baresel, K., Eulitz, H., Fachinger, U., Grabka, M. M., Halbmeier, C., Künemund, H., ... & Vogel, C. (2021). Hälfte aller Erbschaften und Schenkungen geht an die reichsten zehn Prozent aller Begünstigten. *DIW Wochenbericht*, 88(5), 63-71. <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/231712/1/1747807885.pdf>

Bartels, C., & Schröder, C. (2020, December). The role of rental income, real estate and rents for inequality in Germany. In *Forum New Economy Working Papers* (No. 7). Berlin: Forum for a New Economy. <https://newforum.org/wp-content/uploads/2022/01/FNE-WP07-2020.pdf>

Bartels, C., Bönke, T., Glaubitz, R., Grabka, M. M., & Schröder, C. (2023). Accounting for pension wealth, the missing rich and under-coverage: A comprehensive wealth distribution for Germany. *Economics Letters*, 111299.) <https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0165176523003245?dgcid=author>

Biewen, M., & Sturm, M. (2022). Why a labour market boom does not necessarily bring down inequality: putting together Germany's inequality puzzle. *Fiscal Studies*, 43(2), 121-149. <https://onlinelibrary.wiley.com/doi/pdfdirect/10.1111/1475-5890.12294>

Chancel, L., Piketty, T., Saez, E., & Zucman, G. (Eds.). (2022). *World inequality report 2022*. Harvard University Press. <https://wir2022.wid.world/>

Deutsche Bundesbank (2013). Deutsche Bundesbank: Monatsbericht, April 2023. 75. Jahrgang Nr. 4. <https://www.bundesbank.de/resource/blob/764252/17db15daa53575e87540a3e0462413c1/mL/2023-04-monatsbericht-data.pdf>

Dustmann, C., Ludsteck, J., & Schönberg, U. (2009). Revisiting the German wage structure. *The Quarterly journal of economics*, 124(2), 843-881. <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/34359/1/545701821.pdf>

ECB (2013-2023). The Household Finance and Consumption Survey. Statistical tables, Waves 2010-2021. https://www.ecb.europa.eu/stats/ecb_surveys/hfcs/html/index.en.html

Fratzscher, M. (2016). *Verteilungskampf: Warum Deutschland immer ungleicher wird*. Carl Hanser Verlag GmbH Co KG.

- Grabka, M. M., & Goebel, J. (2018). Einkommensverteilung in Deutschland: Realeinkommen sind seit 1991 gestiegen, aber mehr Menschen beziehen Niedrigeinkommen. *DIW Wochenbericht*, 85(21), 449-459. <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/179693/1/1023138271.pdf>
- Grabka, M. M., & Goebel, J. (2020). Realeinkommen steigen, Quote der Niedrigeinkommen sinkt in einzelnen Altersgruppen. *DIW Wochenbericht*, 87(18), 315-323. <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/219374/1/1699280908.pdf>
- Grabka, M. M., & Westermeier, C. (2014). Anhaltend hohe Vermögensungleichheit in Deutschland. *DIW Wochenbericht*, 81(9), 151-164. <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/93122/1/77965160X.pdf>
- Heider, B., Scholz, B., Siedentop, S., Radzyk, J., Rönsch, J., & Weck, S. (2023). Ungleiches Deutschland. <https://library.fes.de/pdf-files/a-p-b/20535.pdf>
- IMF, (2019). IMF Country Report No. 19/214. Selected Issues: Germany, prepared by Mai Chi Dao, Victoria Perry, Alexander Klemm, and Shafik Hebous. <https://www.elibrary.imf.org/view/journals/002/2019/214/article-A000-en.xml>
- Kuhn, M., Schularick, M., & Steins, U. I. (2020). Income and wealth inequality in America, 1949–2016. *Journal of Political Economy*, 128(9), 3469-3519. https://www.wiwi.uni-bonn.de/kuhn/paper/Wealthinequality_7June2018_edt.pdf
- Milanović, B. (2016). Die ungleiche welt: migration, das eine prozent und die zukunft der mittelschicht. Suhrkamp Verlag.
- Peichl, A., Hufe, P. and Stöckli, M. (2018), Ökonomische Ungleichheit in Deutschland – ein Überblick. *Perspektiven der Wirtschaftspolitik*, 19, 185–99. <https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/pwp-2018-0028/html?lang=de>
- Piketty, T. (2014). *Das Kapital im 21. Jahrhundert*. CH Beck.
- Piketty, T., & Saez, E. (2014). Inequality in the long run. *Science*, 344(6186), 838-843. <http://piketty.pse.ens.fr/files/PikettySaez2014Science.pdf>
- Römer, F. (2021). Soziale Ungleichheit in der Pandemie. Warum Deutsche weniger darüber wissen als Briten. *Geschichte der Gegenwart*, 3. März 2021. <https://geschichtedergewegung.ch/soziale-ungleichheit-in-der-pandemie-armutsstatistiken-in-deutschland-und-grossbritannien/>
- Rothe, T. & Wälde, K. (2017), Where did all the unemployed go? Non-standard work in Germany after the Hartz reforms. IAB Discussion Paper No. 18/2017. https://www.macro.economics.uni-mainz.de/files/2018/11/RotheWaelde_WhereDidAllTheUnemployedGo.pdf
- Sachverständigenrat, (2014). Jahresgutachten 2014/15: Mehr Vertrauen in Marktprozesse. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. https://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/gutachten/jg201415/JG14_09.pdf
- Schröder, C., Bartels, C., Göbler, K., Grabka, M. M., & König, J. (2020). MillionärInnen unter dem Mikroskop: Datenlücke bei sehr hohem Vermögen geschlossen-Konzentration höher als bisher ausgewiesen. *DIW Wochenbericht*, 87(29), 511-521. <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/229426/1/20-29-1.pdf>

Stiglitz, J. (2012). Der Preis der Ungleichheit: wie die Spaltung der Gesellschaft unsere Zukunft bedroht. Siedler Verlag.

Westermeier, C., Tiefensee, A., & Grabka, M. M. (2016). Inheritances in Europe: High earners reap the most benefits. DIW Economic Bulletin, 6(16/17), 185-195. https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.532523.de/diw_econ_bull_2016-16-1.pdf